

## Kinderrechte im Parlament – Rückschau Frühjahrsession 2015

Im Nationalrat waren aus kinderrechtlicher Sicht Änderungen beim Kindesunterhalt und der Kindesobhut Thema: Die mit dem Geschäft [„Zivilgesetzbuch. Kindesunterhalt“](#) beabsichtigte Gesetzesänderung stellt Kinder unverheirateter Eltern beim Unterhalt jenen von verheirateten Eltern rechtlich gleich und stärkt zudem die Stellung der Kinder in familienrechtlichen Gerichtsverfahren. Sowohl Nationalrat als auch Ständerat heissen die neuen Regeln zum Kindesunterhalt in der Schlussabstimmung gut und führen zusätzlich auch eine gesetzliche Grundlage zur Harmonisierung der Alimtenbevorschussung und des Alimenteninkassos ein, sowie die explizite Erwähnung und Prüfung der Möglichkeit der alternierenden Obhut. In diesem Zusammenhang hat der Nationalrat auch das Postulat der nationalrätlichen Rechtskommission [„Alternierende Obhut: Klärung der Rechtsgrundlagen und Lösungsvorschläge“](#) an den Bundesrat überwiesen. Das Postulat fordert vom Bundesrat einen Bericht über die rechtlichen Probleme, welche sich durch die alternierende Obhut der Kinder im Scheidungs- oder Trennungsfall ergeben.

Familienpolitisch von Interesse waren die Motion Feri [„Familienergänzungsleistungen als Mittel zur Armutsbekämpfung“](#) und die Motion (Hodgers) Trede [„Einführung eines kantonalen Vaterschaftsurlaubes“](#). Erstere verlangt, ein Rahmengesetz für Ergänzungsleistungen für Familien auszuarbeiten, die zweite will die gesetzliche Möglichkeit für die Kantone schaffen, damit diese einen durch Sozialversicherungsbeiträge finanzierten Vaterschaftsurlaub einführen könnten. Beide Vorstösse wurden jedoch vom Nationalrat abgelehnt.

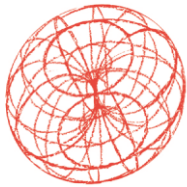
Schliesslich befasste sich der Nationalrat auch mit zwei Motionen der nationalrätlichen Rechtskommission. Die Motion [„Ergänzung von Artikel 260bis StGB \(Art 187 StGB, „Sexuelle Handlungen mit Kindern“\)“](#) verlangt, dass der Tatbestand der sexuellen Handlungen mit Kindern den Deliktskatalog von Artikel 260bis StGB, „strafbare Vorbereitungshandlungen“, aufgenommen wird. Die Motion [„Artikel 198 StGB. Von Antrags- zu Officialdelikt“](#) verlangt eine Änderung von Artikel 198 des Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.40), wonach sexuelle Belästigung von Kindern unter 16 Jahren neu von Amtes wegen verfolgt wird. Der Nationalrat hat beide Motionen überwiesen.

Mit einer Thematik, die auch vom UNO-Kinderrechtsausschuss moniert wurde, befasste sich der Ständerat: Er hat die Motion der nationalrätlichen Gesundheitskommission [„Verschreibung von Ritalin“](#) abgelehnt. Der Vorstoss beauftragt den Bundesrat dafür zu sorgen, dass im Rahmen der Umsetzung des Betäubungsmittelgesetzes Ritalin nur dann verschrieben wird, wenn es wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich ist sowie im Rahmen einer umfassenden Therapie oder Behandlung verabreicht wird.

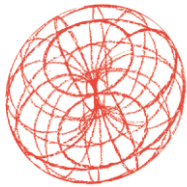
In der Schlussabstimmung verabschiedete das Parlament zudem die parlamentarische Initiative Aubert [„Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite“](#) und verlangt somit ein Verbot von Werbung für Kleinkredite mit der Begründung, dass gerade diese für die Überschuldung von Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren mitverantwortlich sind. Das Parlament will aggressive Werbung für Kleinkredite verbieten, um insbesondere Jugendliche vor Überschuldung zu schützen.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten).

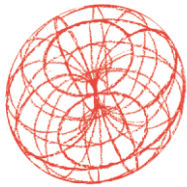
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



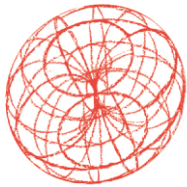
Datum	Nationalrat	Ständerat
02.03.2015	-	<p><b>14.4151 (Interpellation Schwaller): Landessprachen in der obligatorischen Schulzeit.</b></p> <p>In seinen bisherigen Stellungnahmen zur Frage der Landessprachen in der obligatorischen Schule hat sich der Bundesrat auf den Standpunkt gestellt, dass er die Bilanz der EDK über die Harmonisierung des Sprachunterrichts im Sommer 2015 abwarten werde. Nun wird zumindest in einem Kanton bereits vor der Bilanz über eine Volksinitiative abgestimmt, die nur noch eine Fremdsprache in der Primarstufe verankern will. Bei einer Annahme der Initiative wäre die Harmonisierung gemäss dem Sprachenkompromiss der EDK infrage gestellt. Der Interpellant fragt nach den Handlungsmöglichkeiten, die der Bundesrat für diesen Fall vorsieht.</p> <p>→ Der Bundesrat gibt den Kantonen bis Mitte Juni Zeit, im Streit um den Fremdsprachenunterricht an der Primarschule eine einheitliche Lösung zu finden. An diesem bereits angekündigten Vorgehen wird man trotz anstehender Abstimmung festhalten. Der Interpellant ist mit der Beantwortung teilweise befriedigt.</p>
04.03.2015	<p><b>13.101 (Geschäft des Bundesrates): Zivilgesetzbuch. Kindesunterhalt.</b></p> <p>Die Gesetzesänderung stellt die Kinder unverheirateter Eltern beim Unterhalt jenen von verheirateten Eltern rechtlich gleich und berücksichtigt damit eine gesellschaftliche Realität. Zudem stärkt die neue Gesetzesvorlage die Stellung der Kinder in familienrechtlichen Gerichtsverfahren. Die Vorlage bildet den zweiten Teil der Neuregelung elterlicher Verantwortung: Bereits verabschiedet ist die gemeinsame elterliche Sorge unabhängig vom Zivilstand der Eltern. Der Nationalrat befasst sich mit der Ergänzung des Ständerats: Vernachlässigt jemand seine Unterhaltspflichten und lässt sich sein Vorsorgeguthaben auszahlen, sollen die Inkassobehörden rechtzeitig darauf zurückgreifen können.</p>	<p><b>13.085 (Geschäft des Bundesrates, Volksinitiative): Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe.</b></p> <p>Die Initiative will erreichen, dass die heute existierende Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren beseitigt wird. In der Bundesverfassung soll daher verankert werden, dass die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden darf. Der Nationalrat verabschiedete einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative der CVP und empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Der Gegenvorschlag geht weniger weit als die Initiative. Er verzichtet auf eine Definition der Ehe im Gesetz und schliesst die Individualbesteuerung nicht aus. In dieser Session berät der Ständerat den zweiten Entwurf des Gegenvorschlages.</p>



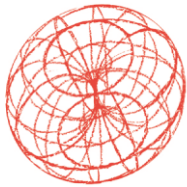
Datum	Nationalrat	Ständerat
04.03.2015	<p>→ Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat eine Regelung ins Kindesunterhaltsrecht eingebaut. Die Inkassobehörden können den Pensionskassen demnach Personen melden, die ihre Unterhaltspflicht vernachlässigen. Die Pensionskassen werden ihrerseits verpflichtet, die Behörden umgehend zu informieren, wenn Vorsorgekapital eines gemeldeten Versicherten ausbezahlt werden soll. Die Vorlage zum Kindesunterhalt geht mit kleinen Differenzen (betreffend alternierender Obhut) zurück in den Ständerat.</p> <p><b>09.301 (Standesinitiative ZH): Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des Alimenteninkassos.</b> Der Bund wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zur Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des Alimenteninkassos zu schaffen. Der Ständerat schreibt den Vorstoss ab. Der Nationalrat berät in dieser Session über die Abschreibung.</p> <p>→ Der Nationalrat folgte dem Ständerat und sprach sich für die Abschreibung aus. Bezüglich des Inkassos ist die Initiative inzwischen erfüllt. Bezüglich der Bevorschussung lässt sie sich derzeit nicht erfüllen, da diese in die Zuständigkeit der Kantone fällt.</p> <p><b>15.3003 (Postulat RK-NR): Alternierende Obhut: Klärung der Rechtsgrundlagen und Lösungsvorschläge.</b> Das Postulat fordert vom Bundesrat einen Bericht über die rechtlichen Probleme, welche sich durch die alternierende Obhut der Kinder im Scheidungs- oder Trennungsfall ergeben. Er schlägt Gesetzesänderungen zur Behebung dieser Probleme vor und stellt einen Rechtsvergleich mit den Gesetzgebungen der Nachbarländer an.</p> <p>→ Der Nationalrat hat das Postulat stillschweigend angenommen.</p>	<p>→ Nach dem Nationalrat hat am Mittwoch auch der Ständerat einer entsprechenden Verfassungsänderung zugestimmt. Die Initiative selbst, und einen eigenen Gegenvorschlag der CVP, lehnte der Ständerat ab.</p>



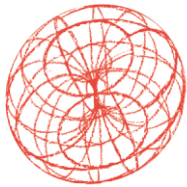
Datum	Nationalrat	Ständerat
04.03.2015	<p><b>12.046 (Geschäft des Bundesrats): StGB und MStG. Änderung des Sanktionenrechts.</b> Der am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) hat Freiheitsstrafen von weniger als sechs Monaten durch Geldstrafen und gemeinnützige Arbeit ersetzt. Die Revision des AT StGB sieht nun unter anderem die Abschaffung dieser bedingten Geldstrafen vor und will das Electronic Monitoring definitiv als Vollzugsform einführen. Der Nationalrat berät Differenzen zum Ständerat.</p> <p>→ Der Nationalrat entschied, dass die Bedingungen für kurze Freiheitsstrafen im Gesetz aufgezählt werden sollen. Bei der umstrittenen Mindesthöhe für einen Tagessatz legte er einen Kompromiss vor: Dieser soll 30 Franken betragen, in Ausnahmefällen aber auf 10 Franken gesenkt werden können. Über die Wiedereinführung kurzer Freiheitsstrafen haben sich die Räte schon früher geeinigt. Das Geschäft geht wieder an den Ständerat.</p> <p><b>14.092 (Geschäft des Bundesrats): Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule. Volksinitiative.</b> Die Volksinitiative richtet sich gegen einen obligatorischen Sexualkundeunterricht in Kindergarten und Primarschule. Sie würde einen obligatorischen Unterricht zur Vermittlung von Wissen über die menschliche Fortpflanzung und Entwicklung im Rahmen des Biologieunterrichts erst ab dem zwölften Altersjahr zulassen. Der Bundesrat empfiehlt aus übergeordnetem Interesse am Kindeswohl, die Initiative abzulehnen. Für die geforderte neue Verfassungsbestimmung zum Sexualkundeunterricht und dem damit verbundenen Eingriff in die kantonale Schulhoheit sieht er keinen Anlass.</p> <p>→ Der Nationalrat sprach sich gegen die Initiative aus.</p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
05.03.2015	<p><b><u>13.3351</u> (Motion Feri): Familienergänzungsleistungen als Mittel zur Armutsbekämpfung.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, ein Rahmengesetz für Ergänzungsleistungen für Familien in Zusammenarbeit mit den Kantonen auszuarbeiten, mit dem Ziel, Erwerbsanreize zu schaffen und die Vereinbarkeit von sozialem Leben, Familie und Erwerbsleben zu fördern. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat. → Die Motion wurde abgelehnt.</p> <p><b><u>13.3431</u> (Motion (Hodgers) Trede): Einführung eines kantonalen Vaterschaftsurlaubes.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, gesetzliche Änderungen vorzuschlagen, sodass die Kantone die Möglichkeit haben, einen durch Sozialversicherungsbeiträge finanzierten Vaterschaftsurlaub einzuführen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. → Die Motion wird abgelehnt. Gemäss den Motionären handelte es sich um einen "pragmatischen Vorschlag", da der Bundesrat im Herbst 2013 erklärt hatte, ein Vaterschaftsurlaub auf nationaler Ebene habe für ihn "nicht erste Priorität". Bundesrat Alain Berset warnte, zwischen den Kantonen könnten grosse Unterschiede entstehen.</p> <p><b><u>13.3494</u> (Motion (Hodgers) Gilli): Kostenlose Verhütungsmittel für Frauen unter 20 Jahren.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, Frauen unter zwanzig Jahren gratis und anonym Zugang zu Verhütungsmitteln zu gewähren (insbesondere der Antibabypille). Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage. → Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt.</p>	<p><b><u>10.467</u> (Parlamentarische Initiative Aubert): Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite.</b> Der Vorstoss verlangt ein Verbot von Werbung für Kleinkredite mit der Begründung, dass gerade diese für die Überschuldung von Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren mitverantwortlich sind. Das Parlament will aggressive Werbung für Kleinkredite verbieten, um insbesondere Jugendliche vor Überschuldung zu schützen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der Änderung des Konsumkreditgesetzes zugestimmt, spricht sich aber für strengere Regeln aus. Noch uneinig sind sich National- und Ständerat in der Frage, ab wann eine Busse bei Regelverstoss fällig wird (ob nur bei vorsätzlichem oder auch bei fahrlässigem Handeln). Der Ständerat behandelt in dieser Session die Differenzen zum Nationalrat. → Der Ständerat ist dem Nationalrat entgegengekommen und hat die Strafe bei Fahrlässigkeit aus der Revision des Konsumkreditgesetzes gestrichen. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.</p>

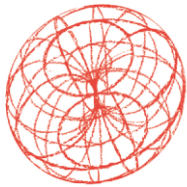


Datum	Nationalrat	Ständerat
05.03.2015	<p><b><u>13.3536</u> (Motion von Siebenthal): Ritalin Abgabe.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, verbindliche Zahlen zu erheben, wie viele Kinder und Jugendliche mit Ritalin, Concerta und ähnlichen Psychopharmaka behandelt werden, um ein gewünschtes Verhalten zu erzielen. Weiter ist die Öffentlichkeit über die schädlichen Nebenwirkungen dieser Präparate in objektiver Weise zu informieren und auch auf andere Möglichkeiten hinzuweisen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat. → Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt.</p> <p><b><u>13.3615</u> (Postulat Lohr): Voraussetzungen für eine IV-Anlehre und praktische Ausbildung nach INSOS.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht mit einer unabhängigen rechtlichen Begutachtung darüber vorzulegen, ob das Rundschreiben Nr. 299 zur erstmaligen beruflichen Ausbildung in Artikel 16 IVG eine genügende gesetzliche Grundlage hat. Insbesondere ist zu prüfen, ob Artikel 16 IVG es zulässt, die IV-Anlehre bzw. ein zweites Ausbildungsjahr von einem künftigen rentenbeeinflussenden Einkommen oder von einer künftigen Erwerbstätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt abhängig zu machen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Postulats, der Nationalrat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage. → Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt.</p>	



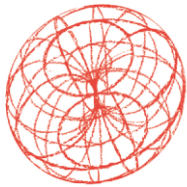
Datum	Nationalrat	Ständerat
05.03.2015	<p><b>13.3626 (Postulat Bulliard): Mehr Transparenz bei IV-Anlehen und praktische Ausbildung nach INSOS.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht vorzulegen, wie sich die Zahl der Jugendlichen, die von der IV eine IV-Anlehre oder eine praktische Ausbildung (PrA) zugesprochen erhielten, in den letzten zehn Jahren entwickelt hat. Der Bericht soll die Datenlage transparent machen und aufzeigen, wie die IV-Anlehen und die PrA statistisch von anderen beruflichen Eingliederungsmassnahmen abgegrenzt werden können. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat befasst sich als Erstrat mit dem Geschäft.</p> <p>→ Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt.</p>	
11.03.2015	<p><b>10.467 (Parlamentarische Initiative Aubert): Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite.</b></p> <p>Der Vorstoss verlangt ein Verbot von Werbung für Kleinkredite mit der Begründung, dass gerade diese für die Überschuldung von Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren mitverantwortlich sind. Das Parlament will aggressive Werbung für Kleinkredite verbieten, um insbesondere Jugendliche vor Überschuldung zu schützen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der Änderung des Konsumkreditgesetzes zugestimmt, spricht sich aber für strengere Regeln aus. Noch uneinig sind sich National- und Ständerat in der Frage, ab wann eine Busse bei Regelverstoss fällig wird, eventuell befasst sich der Nationalrat noch einmal mit den Differenzen zum Ständerat.</p> <p>→ Der Ständerat folgte dem Nationalrat, eine erneute Behandlung im Nationalrat ist daher nicht mehr nötig. Die Vorlage kommt direkt in die Schlussabstimmung.</p>	



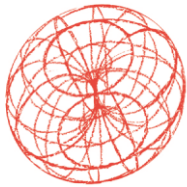


Datum	Nationalrat	Ständerat
11.03.2015	<p><b><u>08.432</u> (Parlamentarische Initiative Marra): Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen.</b> Der Vorstoss verfolgt das Ziel, dass die Ausländer der dritten Generation in der Schweiz zukünftig auf Antrag der Eltern oder der betroffenen Personen selbst eingebürgert werden. → Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation sollen sich in der Schweiz leichter einbürgern lassen können. Der Nationalrat hat sich für eine Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes ausgesprochen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat; das letzte Wort wird das Stimmvolk haben.</p> <p><b><u>14.3665</u> (Motion RK-NR): Ergänzung von Artikel 260bis StGB (Art 187 StGB, „Sexuelle Handlungen mit Kindern“).</b> Die Motion verlangt, dass der Tatbestand der sexuellen Handlungen mit Kindern (Art. 187 StGB, SR 311.0) in den Deliktskatalog von Artikel 260bis StGB, „strafbare Vorbereitungshandlungen“, aufgenommen wird. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage. → Der Nationalrat hat die Motion überwiesen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.</p> <p><b><u>14.3666</u> (Motion RK-NR): Artikel 198 StGB. Von Antrags- zu Offizialdelikt.</b> Der strafrechtliche Schutz von Minderjährigen vor sexuellem Missbrauch wurde im Rahmen der Umsetzung der Lanzarote-Konvention (SR 0.311.40) umfassend geprüft. Die entsprechenden Gesetzesänderungen sind am 1. Juli 2014 in Kraft getreten. Die Motion verlangt eine Änderung von Artikel 198 des Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.40), wonach sexuelle Belästigung von Kindern unter 16 Jahren neu von Amtes wegen verfolgt wird. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat befasst sich als Erstrat damit. → Der Nationalrat hat die Motion überwiesen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.</p>	

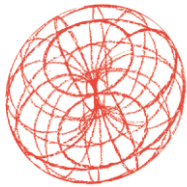




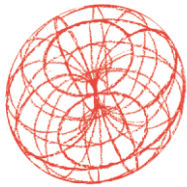
Datum	Nationalrat	Ständerat
11.03.2015	<p><b>13.304 (Standesinitiative Kt. GE): Änderung der Bundesverfassung (Art. 8 Abs. 2) und des Strafgesetzbuches (Art. 261bis).</b> Änderung der Bundesverfassung (Erweiterung des Artikels „Rechtsgleichheit“ um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung) und des Strafgesetzbuches (Erweiterung des Artikels „Rassendiskriminierung“ um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung). → Der Nationalrat hat sich dafür ausgesprochen, die Antirassismus-Strafnorm zu erweitern. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.</p> <p><b>13.407 (Parlamentarische Initiative Reynard): Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung.</b> Änderung des Strafgesetzbuches (Art 261bis): Erweiterung des Artikels „Rassendiskriminierung“ um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. → Wer Homosexuelle öffentlich pauschal verunglimpft, soll strafrechtlich verfolgt werden können. Der Nationalrat hat sich dafür ausgesprochen, die Antirassismus-Strafnorm zu erweitern. Der Nationalrat hat den Vorstoss angenommen. Er geht nun an den Ständerat.</p> <p><b>13.2062 Pet. Jugendsession 2013. Gleichberechtigung von Homosexuellen.</b> Die Petition fordert vom Bundesrat die vollständige rechtliche Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren in Bezug auf die Ehe. Die Petition wurde von der Rechtskommission vorbehandelt. → Der Nationalrat gab der Petition keine Folge.</p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
16.03.2015		<p><b>13.101 (Geschäft des Bundesrates): Zivilgesetzbuch. Kindesunterhalt.</b></p> <p>Die Gesetzesänderung stellt die Kinder unverheirateter Eltern beim Unterhalt jenen von verheirateten Eltern rechtlich gleich und berücksichtigt damit eine gesellschaftliche Realität. Zudem stärkt die neue Gesetzesvorlage die Stellung der Kinder in familienrechtlichen Gerichtsverfahren. Die Vorlage bildet den zweiten Teil der Neuregelung elterlicher Verantwortung: Bereits verabschiedet ist die gemeinsame elterliche Sorge unabhängig vom Zivilstand der Eltern. Falls nach der Behandlung im Nationalrat noch Differenzen bestehen, wird sich der Ständerat noch damit befassen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>→ Der Ständerat hält an seiner Entscheidung fest, die Prüfung der Möglichkeit einer alternierenden Obhut explizit im Gesetz aufzunehmen. Die Differenzen gehen erneut in den Nationalrat.</li></ul>
17.03.2015	<p><b>13.101 (Geschäft des Bundesrates): Zivilgesetzbuch. Kindesunterhalt.</b></p> <p>Die Gesetzesänderung stellt die Kinder unverheirateter Eltern beim Unterhalt jenen von verheirateten Eltern rechtlich gleich und berücksichtigt damit eine gesellschaftliche Realität. Zudem stärkt die neue Gesetzesvorlage die Stellung der Kinder in familienrechtlichen Gerichtsverfahren. Die Vorlage bildet den zweiten Teil der Neuregelung elterlicher Verantwortung: Bereits verabschiedet ist die gemeinsame elterliche Sorge unabhängig vom Zivilstand der Eltern. Falls nach der Behandlung im Nationalrat noch Differenzen bestehen, wird sich der Ständerat noch damit befassen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>→ Der Nationalrat ist beim Kindesunterhalt auf die Linie des Ständerates eingeschwenkt: Er hat sich damit einverstanden erklärt, dass die Vorlage mit der expliziten Aufnahme der Prüfung einer alternierenden Obhut ergänzt wird. Damit ist die Vorlage bereit für die Schlussabstimmung.</li></ul>	<p><b>13.3013 (Motion SGK-NR): Verschreibung von Ritalin.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen der Umsetzung des Betäubungsmittelgesetzes dafür zu sorgen, dass Ritalin nur dann verschrieben wird, wenn es wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich ist sowie im Rahmen einer umfassenden Therapie oder Behandlung verabreicht wird. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat hat bereits zugestimmt.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>→ Der Ständerat sieht keinen Grund, die Verschreibung von Ritalin einzuschränken. Die kleine Kammer folgte seiner vorberatenden Kommission, die sich auf einen Bericht des Bundesrates vom vergangenen Jahr stützte. Gemäss diesem hat die Verschreibung von Ritalin zwar zugenommen, doch werden Kinder und Jugendliche nicht missbräuchlich damit behandelt.</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
18.03.2015	<p><b>12.080 (Geschäft des Bundesrats): Heilmittelgesetz. Änderung.</b> Mit der 2. Etappe der Revision des HMG werden u.a. Rahmenbedingungen geschaffen, damit mehr kindergerechte Arzneimittel zugelassen werden können. Die pharmazeutische Industrie soll für ihren zusätzlichen Aufwand in der Entwicklung von Kinderarzneimitteln u.a. mit einem verlängerten Patentschutz unterstützt werden. Zur Vermeidung von Medikationsfehlern, insbesondere bei Kindern, soll eine nationale Datenbank zu einem sicheren Arzneimitteleinsatz in der Kinderheilkunde beitragen. Die Rahmenbedingungen für Schaffung, Pflege und Finanzierung der Datenbank werden mit den Ausführungsbestimmungen festgelegt. Der Nationalrat behandelt in dieser Session Differenzen zum Ständerat, betreffend der Regelungen zu den Kinderarzneimitteln bestehen jedoch keine Differenzen. → Wurde in dieser Session nicht behandelt.</p> <p><b>13.085 (Geschäft des Bundesrates, Volksinitiative): Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe.</b> Die Initiative will erreichen, dass die heute existierende Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren beseitigt wird. In der Bundesverfassung soll daher verankert werden, dass die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden darf. Der Nationalrat verabschiedete einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative der CVP und empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Der Gegenvorschlag geht weniger weit als die Initiative. Er verzichtet auf eine Definition der Ehe im Gesetz und schliesst die Individualbesteuerung nicht aus. → Der Nationalrat spricht sich in der Schlussabstimmung für den Entwurf des Bundesrats aus.</p>	<p><b>13.085 (Geschäft des Bundesrates, Volksinitiative): Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe.</b> Die Initiative will erreichen, dass die heute existierende Benachteiligung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren beseitigt wird. In der Bundesverfassung soll daher verankert werden, dass die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden darf. Der Nationalrat verabschiedete einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative der CVP und empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Der Gegenvorschlag geht weniger weit als die Initiative. Er verzichtet auf eine Definition der Ehe im Gesetz und schliesst die Individualbesteuerung nicht aus. In dieser Session berät der Nationalrat den zweiten Entwurf des Gegenvorschlages. → In der Schlussabstimmung lehnt der Ständerat den Gegenvorschlag überraschend ab, nach dem dieser zu Beginn der Session noch angenommen wurde. Die CVP-Initiative gegen die Heiratsstrafe kommt ohne direkten Gegenvorschlag vors Volk.</p> <p><b>14.309 (Standesinitiative NE): Mutterschaftsurlaub bei Adoption.</b> Die Standesinitiative verlangt vom Bundesrat die Einführung einer Adoptionsentschädigung im Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft. → Der Initiative wird keine Folge gegeben. Nach Auffassung der Mehrheit sprechen primär gesellschaftspolitische Überlegungen gegen das Anliegen: Wer ein Kind adoptiere, solle dafür auch die gesamte Verantwortung übernehmen. Zum Thema sind weitere Vorstösse hängig. Über den Vorstoss entscheidet auch noch der Nationalrat.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
18.03.2015		<p><b>14.306 (Standesinitiative SO): Verlängerung der Anstossfinanzierung von Kinderbetreuungsplätzen durch den Bund.</b>            Der Bundesrat wird aufgefordert, die Gesetzeslage so zu verändern, dass sich der Bund auch nach dem 31. Januar 2015 an der Anstossfinanzierung von schul- und familienergänzenden Betreuungsplätzen in den Kantonen und Gemeinden beteiligen kann.</p> <p>→ Die Standesinitiative wird abgelehnt, da das Parlament inzwischen bereits beschlossen hat, die Starthilfen für Krippen und Tagesschulen um weitere vier Jahre zu verlängern.</p>
20.03.2015	<p><b>08.428 (Parlamentarische Initiative Müller): Kein Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen.</b>            Das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer soll so ergänzt werden, dass ein Familiennachzug nicht nur bei Bezug von Sozialhilfe unmöglich ist, sondern auch beim Bezug von Ergänzungsleistungen. Der Nationalrat befindet in dieser Session über eine erneute Fristverlängerung des Vorstosses.</p> <p>→ Die Fristverlängerung um zwei Jahre wird gewährt.</p> <p><b>10.485 (Parlamentarische Initiative Müller): Vereinheitlichung beim Familiennachzug.</b>            Die Anforderungen an Personen mit einer Niederlassungsbewilligung, die ihre ausländischen Familienangehörigen in die Schweiz holen wollen, sind denjenigen der Jahresaufenthalter anzupassen. Dabei sind insbesondere die Voraussetzungen gemäss Artikel 44 Buchstaben b und c AuG auch in den Artikel 43 aufzunehmen. Der Nationalrat befindet in dieser Session über eine erneute Fristverlängerung.</p> <p>→ Die Fristverlängerung um zwei Jahre wird gewährt.</p>	-